

## Landtag von Baden-Württemberg – Drucksachen-Retrospektive

Juni 2020

In der Anlage enthält die Retrospektive eine Übersicht über die Drucksachen des Landtags von Baden-Württemberg im jeweiligen Zeitraum. Teilweise handelt es sich noch um unbeantwortete Anfragen.

### Drucksache 16/8208

Die FDP/DVP erkundigt sich in Ergänzung der Anfrage der CDU (letzte Ausgabe der Retrospektive, Drs. Nr. 16/8190) über die **Auswirkungen des geplanten Berliner Antidiskriminierungs-gesetzes auf Bedienstete des Landes Baden-Württemberg.**

Zu den Folgen führt STS Klenk verantwortlich aus: *„Durch eine gerichtliche Entscheidung auf der Grundlage des Berliner LADG erfolgt keine Bindungswirkung in beamten-, disziplinar-, oder arbeitsrechtlicher Bewertung des streitigen Sachverhalts für baden-württembergische Behörden.“*

### Drucksache 16/8287

Das Thema der Polizeidichte oder auch Betreuungsdichte der Bevölkerung, also der Quotient aus PVD-Haushaltsstellen zur Bevölkerung (je 100.000) war immer wieder Thema in unseren Beiträgen auf der BDK-Webseite. Denn leider hat BW seit einigen Jahren die rote Laterne (oder war unter den schlechtesten drei Bundesländern) bei diesem Quotienten, im Vergleich zu den anderen Ländern. Diese Anfrage beschäftigt sich nun speziell mit der Situation des PP Heilbronn. Hier ist interessant, wie sich die Zahl der Polizeidichte im Verhältnis zur Einwohnerzahl in der Zeit nach der Reform 2014 entwickelt hat. Ein Rückgang von 172 auf 167 HH-Stellen je 100.000 Einwohner. In Baden-Württemberg hat die Einwohnerzahl in den letzten Jahren insgesamt zugenommen, ein ähnlicher Trend ist auf Basis der HH-Stellen und der Bevölkerungsentwicklung also landesweit zu erwarten. Einen Punkt darf man dabei im Übrigen nicht vergessen, eine HH-Stelle sagt noch nichts darüber aus, ob sie auch tatsächlich besetzt ist! Derartige Aufstellungen wie in dieser LT-Drucksache sollten öfter den Weg in die Öffentlichkeit finden.

### Drucksache 16/8040

„**Sicherheitslage in der Stuttgarter Stadtmitte**“ ist der Titel der Kleinen Anfrage der FDP/DVP-Fraktion. Sie trägt in der Parlamentarischen Dokumentationsablage das Datum vom 22.06.2020, es muss aber festgestellt werden, dass sie bereits am 28.04.2020 gestellt wurde. Der größte Teil der Anfrage wird auf Basis der PKS (bis 2019) beantwortet. Anbei ein längerer Auszug aus der Antwort zu Frage 3: *„Der Anteil der registrierten nichtdeutschen TV in dem Tatortbereich Stuttgart-Mitte stellt im Jahr 2019 etwa die Hälfte an den TV gesamt und liegt damit über dem landesweiten Vergleichswert von 40,3 Prozent. Hierbei ist u. a. zu berücksichtigen, dass TV Asylbewerber/Flüchtlinge regelmäßig im Zusammenhang mitausländerrechtlichen Verstößen registriert werden. Betrachtet man den Anteil der ausländerrechtlichen*

*Verstöße an den Gesamtstraftaten liegt dieser im Bereich Stuttgart-Mitte bei 3,7 Prozent und damit über den für den Stadtkreis Stuttgart insgesamt (2,0 Prozent) und landesweit (2,8 Prozent) verzeichneten Anteilen der ausländerechtlichen Verstöße an den Gesamtstraftaten. Für die ersten vier Monate des Jahres 2020 ist für den Tatortbereich Stuttgart-Mitte bei der Anzahl der TV in Bezug auf die Gesamtstraftaten eine rückläufige Tendenz festzustellen. Dieser Rückgang zeichnet sich sowohl für die deutschen TV als auch die nichtdeutschen TV sowie die TV Asylbewerber/Flüchtling ab. Davon abgesehen analysiert das Polizeipräsidium Stuttgart fortlaufend die Kriminalitätssituation im Bereich Stuttgart-Mitte und trifft vor Ort lageangepasste Maßnahmen der Strafverfolgung, Gefahrenabwehr und Kriminalprävention. Im Hinblick auf die Straftaten ist nach Bewertung des Polizeipräsidiums Stuttgart für die dargestellten Tatortbereiche im Bereich Stuttgart-Mitte in den letzten Jahren keine signifikante Entwicklung erkennbar. Dies gilt auch für den Bereich des Oberen Schlossgartens. Das Straftatenaufkommen ist hingegen mit dem an anderen Örtlichkeiten vergleichbar. Bei etwa einem Drittel der für den Tatortbereich Stuttgart-Mitte registrierten Straftaten handelt es sich um Diebstahlsdelikte. Im Oberen Schlossgarten stellen die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz einen Anteil von mehr als 40 Prozent der Gesamtstraftaten, am Josef-Hirn-Platz machen die Rauschgiftdelikte etwa die Hälfte der Gesamtstraftaten aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die statistische Entwicklung in dem Deliktsbereich der Rauschgiftkriminalität stark durch Kontroll- und Ermittlungsaktivitäten der Polizei mitbestimmt wird. Auf die Antwort zu Frage 4 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Im Übrigen sind bei den o. g. Örtlichkeiten im Hinblick auf das Gesamtfallzahlenaufkommen im Vergleich zu anderen Bereichen im Stadtbezirk Stuttgart-Mitte keine signifikanten Entwicklungen zu erkennen.“*

## **Drucksache 16/8329**

Diese Drucksache befasst sich schließlich mit den Ereignissen in Stuttgart vom 20. auf den 21. Juni 2020. Die AfD wählt den Titel „**Terrornacht in Stuttgart...**“.

Die Antwort hat den Stand vom 21. Juli 2020 und stellt eine Stellungnahme des IM dar, die im Einvernehmen mit dem JuM erstellt worden ist. Der Sachstand ist inzwischen überholt.

## **Drucksache 16/8333**

Mit Stuttgart befasst sich zudem die Anfrage der FDP/DVP mit dem Titel „**Unternahm Innenminister Strobl alles Erforderlich, um die Krawallnacht zu verhindern?**“. Die FDP wirft mit ihren Fragen dabei eher einen Blick in die Zukunft und erkundigt sich ausgiebig auch nach Planungen und Maßnahmen.

<u>Eigentumskriminalität in den Kreisen entlang der französischen Grenze und andere Auswirkungen der Grenzschließung zu Frankreich auf Baden-Württemberg</u>	16/8069	Datum: 05.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Umsetzung des Bundesinvestitionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“</u>	16/8081	Datum: 07.05.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Nachfrage zur Gesamtzahl der Abschiebungen und der Zielländer in der 15. und 16. Legislaturperiode sowie Nachfragen zu Drucksachen 16/7233 und 16/5728</u>	16/8083	Datum: 07.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Entwicklungen der Straftaten im Umfeld von Kirchen 2018 und 2019</u>	16/8085	Datum: 07.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Sicherheitssituation in Krankenhäusern</u>	16/7903	Datum: 11.05.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Zukunft der Polizeihochschule am Standort Wertheim</u>	16/7872	Datum: 13.05.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Waffenbesitz in Mannheim</u>	16/7883	Datum: 13.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>Neues System der Amokalarmierung für Schulen in Baden-Württemberg</u>	16/7882	Datum: 15.05.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Kein Waffenschein für Verfassungsfeinde</u>	16/7881	Datum: 18.05.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Polizeilicher Datenaustausch und polizeiliche E-Akte</u>	16/7932	Datum: 19.05.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Start- und Landegebühren der Polizeihubschrauberstaffel am Flughafen Stuttgart</u>	16/7884	Datum: 20.05.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Kapazitätserhöhung Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe</u>	16/7945	Datum: 20.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Mobiles Arbeiten und Digitalisierung in der Landes-, Justiz- und Kommunalverwaltung</u>	16/8148	Datum: 20.05.2020	Art: Große Anfrage	Urheber: CDU

<u>Voraussetzungen für den offenen Vollzug und eine Lockerung des Vollzugs</u>	16/8149	Datum: 20.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>Linksextremistischer Terror mitten in Stuttgart – bleibt der politische Aufschrei aus, weil es Regierungskritiker traf?</u>	16/8150	Datum: 20.05.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Illegale Autorennen in Baden-Württemberg</u>	16/8156	Datum: 20.05.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>IT-Kapazität für Home-Office in den Landesministerien und obersten Landesbehörden während der Corona-Krise</u>	16/7952	Datum: 26.05.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Umgang des Verfassungsschutzes mit der Partei „Die Linke“ in Baden-Württemberg</u>	16/7955	Datum: 26.05.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. April 2020 – Drucksache 16/7998 Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 des Polizeigesetzes (PolG) über polizeiliche Maßnahmen mit Bezug zur Telekommunikation sowie gemäß § 23 b Absatz 14 PolG über Maßnahmen präventiv-polizeilicher Telekommunikationsüberwachung im Berichtsjahr 2019</u>	16/8158	Datum: 28.05.2020	Art: Beschlussempfehlung	Urheber: Ausschüsse
<u>Auswirkungen des Landesantidiskriminierungsgesetzes des Landes Berlin auf den Polizeivollzug von Baden-Württemberg</u>	16/8190	Datum: 28.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: CDU
<u>Versuchtes Tötungsdelikt auf dem Cannstatter Wasen</u>	16/8192	Datum: 29.05.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Vorkommnisse am Rande einer Demonstration am 16. Mai 2020 auf dem Cannstatter Wasen</u>	16/8193	Datum: 29.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD

**Hinweis zu nicht mehr funktionierenden Links:** Zur Lösungsbehebung gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Die Drucksachennummer direkt im Parlamentarischen Dokumentationssystem suchen (<https://www.landtag-bw.de/home/dokumente/drucksachen.html>)
2. Den ursprünglichen Link am Ende *vor dem* „.pdf“ mit „\_D“ ergänzen: